



**Zwischenbericht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im
Rechnungsjahr 2010
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2010 (Stand 31.05.2010). Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung muss im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag bis ca. 3,0 Mio. EUR gerechnet werden. Der bisherige Haushaltsverlauf wird insbesondere durch die sich derzeit abzeichnenden Mehrausgaben bei den Leistungen nach dem SGB II in Höhe von ca. 1,0 Mio. EUR und bei der Jugendhilfe in Höhe von ca. 0,7 Mio. EUR negativ beeinflusst. Jedoch machen sich auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bei den Leistungen im kommunalen Finanzausgleich und beim Grunderwerbsteueraufkommen negativ bemerkbar.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum Januar bis Mai ist in der Anlage dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2010 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialausgaben und im kommunalen Finanzausgleich noch möglich.

2. Stand der Haushaltsrechnung

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende Mai 2010 ergeben sich folgende Tendenzen bei den wesentlichen Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr:

- Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise unverändert mit 507 EUR angegeben. Die dem Haushaltsplan 2010 zugrundeliegende vorläufige Steuerkraftsumme der Gemeinden des Landkreises hat sich im Rahmen der zweiten Teilzahlung nach dem kommunalen Finanzausgleich 2010 um 1,5 Mio. EUR auf 298,4 Mio. EUR erhöht. Zusammen mit einer Abschlusszahlung für das Jahr 2009 führt dies zu Wenigereinnahmen bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft in Höhe von 0,6 Mio. EUR und Mehreinnahmen bei der Kreisumlage von 0,5 Mio. EUR.

- Grunderwerbsteuer

Das Aufkommen der Grunderwerbsteuer bewegt sich weiterhin auf niedrigem Niveau. Es sind nach dem derzeitigen Stand Wenigereinnahmen von ca. 1,0 Mio. EUR zu erwarten.

- Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,2 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 3,9 Mio. EUR (2009: 4,2 Mio. EUR) unterschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 1,2 Mio. EUR voraussichtlich ca. 0,6 Mio. EUR Mehreinnahmen erzielt werden.

- Personalausgaben

Bei den Personalausgaben (Sammelnachweis - Haushaltsansatz: 38,3 Mio. EUR) ist voraussichtlich mit Mehrausgaben von 0,1 Mio. EUR zu rechnen.

- Sozialausgaben

Nach dem derzeitigen Stand werden bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich beim Zuschussbedarf Mehrausgaben von ca. 2,2 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

- Abschnitt 41 – Sozialhilfe, Grundsicherung, Eingliederungshilfe

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt gibt es im bisherigen Verlauf keine wesentlichen Veränderungen zu 2009.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege entwickeln sich innerhalb der Planansätze.

Der Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfe entwickelt sich ebenfalls im Rahmen des Planansatzes. Nachdem es im Vorjahr aufgrund der deutlichen Vergütungserhöhung von 6,8 % in zwei Schritten ab 01.10.2008, die sich kostenmäßig in 2009 entsprechend ausgewirkt hat, zu einer wesentlichen Überschreitung des Planansatzes gekommen ist, liegt die bisherige Entwicklung im Rahmen der Planungen für 2010.

- Abschnitt 42 – Asylbewerberleistungsgesetz

Die Fallzahlen in diesem Bereich steigen wieder an. Die Gemeinschaftsunterkunft ist voll belegt. Durch die hohe Belegung und einzelne kostenintensive

Krankenhilfefälle bei den Bewohnern der Unterkunft steigen auch die Krankenhilfeleistungen insgesamt an. Der Zuschussbedarf wird im Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich um knapp 0,3 Mio. EUR höher sein als veranschlagt.

- Abschnitt 45 – Jugendhilfe

Vor allem im Bereich der Tagesbetreuung ist aufgrund der geänderten Rechtslage seit 2009 in der ersten Jahreshälfte 2010 ein deutlicher Anstieg des Bedarfs in der Kindertagespflege und somit auch der Kosten zu verzeichnen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Aufwand in den künftigen Jahren verringern wird, zumal ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtsjahr besteht. Die Zuweisungen des Landes aus dem Finanzausgleich können hier den Mehraufwand nicht voll ersetzen.

Das verstärkte Bewusstsein in der Bevölkerung zum Kindeswohl führt weiterhin zu einer vermehrten Anzeige von Hilfebedarfen in der Jugendhilfe.

- Abschnitt 48 – Leistungen nach dem SGB II

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) ist in den letzten Monaten kontinuierlich angestiegen und liegt derzeit bei ca. 6.400 BGs. Im Mai 2009 waren es noch 5.623 BGs. Im Dezember 2009 lag die Zahl bereits bei 5.944 BGs. Derzeit befinden wir uns auf dem Niveau von Mitte 2006. Dies wirkt sich auf die Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfeleistungen aus. Das Mietniveau im Landkreis ist insgesamt steigend, weil die Gebäudeeigentümer zunehmend Bestandsbauten energetisch sanieren. Die Erhöhung des Wohngeldes nach der Reform 2009 wirkt sich hierbei nur in geringem Umfang entlastend aus.

3. Vorausschau

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende Mai 2010) muss im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag bis ca. 3,0 Mio. EUR gerechnet werden, wie die beiliegende Übersicht zeigt. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose jedoch sehr schmal, deshalb ist die prognostizierte finanzielle Entwicklung mit Vorbehalt zu beurteilen.